

## Das sächsische Königspaar in Dresden.

**Dresden.** Das einziges Dresdner Aufukrie-  
kuntheim befand König Amanullah von Afghanistan  
gestern vorzeitig die Werte der Reichsbank L.-G. in der  
Schandauer Straße.

Gegen 11 Uhr fuhr das Königspaar mit Gefolge am  
Portal vor, wo neben der Säulen aus die sächsische  
Gesellschaft wachte. In ihrer Begleitung standen Soh  
Ministerialdirektor Dr. Eilen vom Wirtschaftsministerium  
und Ministerialrat Dr. Willich vom Ministerium des Aus-  
wärtigen. Nach herzlicher Begrüßung durch die Direktion  
der Werte folgte der König, der selbst eifriger Foto- und  
Kino-Künstler ist, einer Einladung in den Ausstellungssaal,  
wo die neuzeitlichen Erzeugnisse auf photographischem und film-  
kinematographischem Gebiet vorgeführt wurden.

Die Königin, die ingwischen unter Führung des Stadt-  
rats Löwen einen kurzen Besuch in der Ausstellung Krieg-  
und Friedensarbeit an der Venustrope abgestattet hatte,  
sieht nicht minder großes Interesse für die Erzeugnisse der  
photographischen Industrie, so daß die sehnsüchte Besichtig-  
ungssicht um mehr als eine Stunde verlängert wurde.

Mit herzlichen Worten des Dankes für die starken Ein-  
drücke, die Ihnen der Rundgang durch die Werte gegeben  
hatte, verabschiedeten sich der König und die Königin und die  
Herrnen des Gefolges von der Direktion der Reichsbank L.-G.

Am Anschluß davon fand im Hotel Bellevue ein Gespräch statt, das der Ministerpräsident den afghanischen Höhnen bot. Dabei wurden zwischen dem Ministerpräsidenten und dem König von Afghanistan herzliche Trinkfreude gewechselt. Während der Tafel kreuzte das neuverholtene Feuer-  
schiff der Stadt Dresden auf der Elbe und führte einige  
Übungen aus. Am Nachmittag unternahm das afghanische  
Königspaar einen Automobilrundgang nach der Seite in der  
Sächsischen Schweiz.

\* **Dresden.** Bei dem Frühstück im Hotel Bellevue  
richtete Ministerpräsident Heldt folgende Ansprache an das  
afghanische Königspaar:

"Eure Majestäten! Im Namen der sächsischen Regierung,  
gleich im Namen des sächsischen Volkes und seiner Lan-  
deshauptstadt habe ich die Ehre, Eure Majestäten in Sachsen  
herzlich willkommen zu heißen. Ich gereiche uns zur befre-  
benen Freude, daß Eure Majestäten bei ihrem Aufenthalt  
in Deutschland auch Gelegenheit nehmen, das industri-  
reiche Land des Deutschen Reiches zu besuchen. Dieser Be-  
such wird das bisher gewonnene Bild der deutschen Arbeit  
vervollständigen, insbesondere aber werden Eure Majes-  
täten bei dem Besuch der Leipziger Messe am kommenden  
Montag einen auflaufenden Überblick über die Leis-  
tungen deutscher Arbeit erhalten können, wie er in diesem  
Umfange an keiner anderen Stelle geboten wird. Das die  
hier empfangenen Eindrücke für die Entwicklung und den  
Vorwärtschritt Afghanistan von beiderseitem Nutzen sein mögen,  
ist mein aufrichtiger Wunsch. Ich erhebe mein Glas auf  
das Wohl Eurer Majestäten des Königs und der Königin  
von Afghanistan, auf das Glück Ihres Landes und seines  
Volkes."

\* **Amanullah Abschied von Dresden.**

\* **Dresden.** (Telunion.) Das afghanische Königspaar  
verließ am Freitag abend, kurz nach 7 Uhr, vom Dresdner  
Hauptbahnhof im Sonderzug die sächsische Landeshauptstadt,  
um sich wieder nach Berlin zu begeben. Zum Abschied hatten  
sich Vertreter der Staatsregierung, der Reichsbehörden und  
der Stadt eingefunden.

König Amanullah gab noch einmal seinem Dank und  
seiner Freude über die freundliche Aufnahme in Dresden  
und seiner Genußnahme über all das Ausdruck, was er in  
dem schönen Dresden gesehen habe.

Wieder hielten zahlreiche Menschen die Hauptstraßen  
umsäumt, durch die die Gäste und ihre Begleiter fuhren.  
Auch am Bahnhof hatte sich eine große Menschenmenge an-  
gesammelt. Ein starkes Polizeiaufgebot nahm die nötigen  
Absperrungen vor und sorgte für die Aufrechterhaltung der  
Ordnung.

## Mißglücktes Attentat im Reichsentschädigungssamt.

**Berlin.** Ein schweres Attentat, dem nur durch  
einen Glückfall niemand zum Opfer gefallen ist, wurde  
gestern von einem ehemaligen Arbeiter aus Deutsch-Ostafrika  
im Reichsentschädigungssamt in der Rheinstraße 45/46 zu  
Kriegeranwesen verübt. Der Täter, der jehige Kanmann Heinrich  
Langkopp, der jetzt in Lauenstein bei Hannover wohnt,  
erschien morgens gegen 10 Uhr im Zimmer des Reichspräsidenten  
des Reichsentschädigungssamtes Dr. Bach. Er hatte  
einen Augenblick abgewartet, in dem das Vorzimmer leer  
war, um ohne Anmeldung unbemerkt einzutreten. Er fort-  
setzte ohne weiteres die sofortige Auszahlung einer Ent-  
schädigung in Höhe von 120 000 Mark, wobei ebenfalls er einen  
Koffer mit Sprengstoff zur Explosionsbrille brachte. Das  
mit stellte er einen Aluminium-Tropenkoffer auf den  
Schreibtisch, aus dem 2 Säckchen herausbringen, die der  
Attentäter um die Finger der linken Hand gewickelt hatte.

Reichspräsident Dr. Bach versuchte, auf sittlichem Wege  
zu unterhandeln, da er hoffte, daß ingwischen einer der Be-  
amten das Zimmer betreten werde. Da aber auf diese Weise  
niemand erschien, sahen sich der Präsident und Langkopp länger  
als drei Stunden gegenüber. Dr. Bach machte sich lästiglich  
durch verschiedene Langkopp eine Zahlungsanweisung über  
12 000 Mark und einen Schein über 90 000 Mark auszufüllen.  
Langkopp rief darauf, ohne den geschilderten Koffer aus der Hand zu lassen, einen Bekannten durch den Fern-  
sprecherei herbei, der ebenfalls unbemerkt enttarnt und den  
Schein in Empfang nahm. Er bemerkte sich dann eine Stunde  
lang, den Schein von einer Bank honoriert zu bekommen,  
hatte aber keinen Erfolg, da der Schein nicht ordnungsgemäß  
ausgeschrieben war. Als jetzt Präsident Dr. Bach erfuhr,  
er mösse bei der Kasse des Amtes Geld holen und das Zim-  
mer zu verlassen verzieht, gab Langkopp kurz Schuß aus  
einem Browning ab. Seiner der Schuß hatte getroffen, da  
Langkopp anscheinend absichtlich nach der Decke gesiegt hatte.  
Gleichzeitig hatte er den Koffer fallen lassen und es gab einen  
kurzen Knall. Durch einen Zufall war die Sprengladung  
nicht zur Explosion gekommen. Auf die Schuß hin ließen  
Beamte aus den anderen Zimmern herbei, die Langkopp  
übermäßig und dem Überfallkommando übergeben.

Langkopp war 22 Jahre lang in Deutsch-Ostafrika, hatte  
ungefähr unter Leitung Bordet gekämpft und war bei dem  
Verlust der Kolonie um seinen ganzen Besitz gekommen.

**Berlin.** Die Gütekammer, die bei dem Anschlag  
im Reichsentschädigungssamt benutzt wurde, bestand nach Melbung  
eines Korrespondenten aus einem kleinen Handkoffer aus  
Metall, der außen einen Fibrebelaß besaß. Auf dem Boden  
des Koffers hatte Langkopp mit Schrauben und Draht einen  
Revolverkasten Nr. 08 befestigt und am Abhang des Revol-  
vers einen Draht angebracht, der in einer dünnen Schnur  
ende, die aus dem Koffer herausging. Die Mündung des  
Revolvers war auf die Ladung gerichtet, die aus 15 Patronen  
Schwarzpulver zu je einem Pfd. bestand. Den Revolver hat  
Langkopp durch Steinen der Schutz aus der Detonation ge-

## Noch immer Landwirtschaftsdebatte im Reichstag.

vbg. Berlin, am 2. März, 14 Uhr.

### Die zweite Veratung des Haushalt des Reichsernährungsministeriums

wird fortgesetzt.

Reichsminister des Innern Dr. von Knebel erklärt zu  
den von sozialdemokratischer Seite über seine Beteiligung an  
der Haushaltseratung gemachten Angaben, er habe aller-  
dings dem Aufsichtsrat dieser Bank angehört, um die innere  
Kolonialisation zu fördern, sei aber einen Tag nach seiner Er-  
nennung zum Minister wieder ausgeschieden. Die Aufsichts-  
räte könnten dabei täglich 8000 Mark betragen. Der Minis-  
ter sagt dazu, durch seine Beteiligung habe er sein Gut  
mit dem Hunderthabe übersteigt.

Abg. Vogemann (Dnat) wendet sich gegen die Aussführ-  
ungen des Abg. Tempel. Der Vorwurf der Rückständigkeit  
könne den Bauern nicht gemacht werden, der Volks-  
mund sage ja: "Ein österreichischer Bauer verkauft drei Juden  
in Salzburg" (Heiterkeit). Die Bauernschaft habe die gleichen  
Interessen wie der Großgrundbesitz. Der Bauerkrieg habe  
sich nicht gegen den Adel gerichtet, sondern gegen die freien  
Siedler und ganz andere Beute. (Widerspruch und Gelächter.)  
Die Kreditpolitik des neuen Reichs der Preußenklasse sei  
eine Fehlfahrt für die landwirtschaftlichen Genossenschaften.  
Die Landwirte, die seinerzeit Roggenrentenfaßdose er-  
worben, seien ohne ihre Schuld ins Unglück geraten, durch  
eine falsche Rentenpolitik. Die Bauern seien heute einig mit den  
Großgrundbesitzern. Die modernen Raubritter seien  
nicht mehr die Röderis und Lüderis, sondern die Salomon,  
Cohn, Manasse. (Gelächter rechts.)

Abg. Pennemann (Zenit) wendet sich gleichfalls gegen  
die Behauptung des sozialdemokratischen Abgeordneten, daß  
der deutsche Bauer im Verhältnis zu den ausländischen  
zurückständig sei. Die österreichischen Bauern hätten geradezu  
mustergültig in der Viehzucht geleistet und sich mit dem  
von ihnen geschulten Material einen großen Namen auf  
internationalen Märkten in der ganzen Welt gemacht. Auch  
im Gemüsebau habe die österreichische Landwirtschaft hohe  
Leistungen aufzuweisen. An den deutschen Auslandsvertre-  
tungen sollte mehr die Möglichkeit des Exports deutscher  
Landwirtschaftsprodukte studiert werden. Den Vertriebenen  
sollen Landwirtschafts-Akkorde beigegeben werden.  
Die Verbraucherseite sollte sich von den ausländischen  
Bedarfsmitteln abwenden; die deutsche Landwirtschaft liefere  
ebenso gute Produkte.

Reichsernährungsminister Schiele dankt dem Abgeord-  
neten Pennemann für seine Ausführungen und verspricht  
die Erfüllung der von diesem Redner gedachten Wünsche.  
Um den Landwirten den Bezug der Düngemittel zu erleicht-  
ern, müßten Reichs- und Landesregierungen zusammen-  
arbeiten, damit in der schnellen Kreditgewährung keine Hem-  
mungen eintreten. Die Produkte der deutschen Landwirtschaft,  
so führt der Minister fort, brauchen die ausländische  
Konkurrenz nicht zu scheuen; aber es fehlt an der richtigen  
Absatz-Organisation. Die Hilfe sehe ich nicht in einer ein-  
fachen Aufteilung des Notfonds, wie es die preußische Re-  
gierung will. Nur durch eine einheitliche Organisation kann  
die Hilfsaktion ihren Zweck erfüllen. Es kommt vor allem  
daraus, eine bessere und ausgewogene Marktlage für  
landwirtschaftliche Produkte zu schaffen. Der Landwirt hat  
weniger Interesse an einer Erhöhung als an einer Stabilisie-  
rung der Preise.

Auf die Frage des Abg. Schmidt-Berlin, was ich für die  
Landwirtschaft setzen hätte, antwortete ich mit der Gegenvor-  
lage: Glaube die Sozialdemokratie, daß man der Landwirtschaft  
helfen kann, wenn das Fleischfleisch in unbegrenzten Men-  
gen solltet ins Land kommt, wenn man dafür für Gemüse  
und Kartoffeln ablehnt? Unsere Maßnahmen können nur  
dann dauernden Erfolg haben, wenn wir gleichzeitig heran-  
sehen an einen gründlichen Neuausbau unseres wirt-  
schaftlichen Lebens.

Abg. Hoerle (Komm.) bestreitet den Regierungspartei-  
en das Recht, die Not der Landwirtschaft zu belügen,  
denn sie hat der Kleinbauer, Mittelbauer und Land-  
arbeiter sei die Folge der Politik dieser Partei.

Abg. Meyer-Hannover (Wirtsch. Bvg.) begrüßt die  
Hilfsaktion der Regierung. Angesichts der ungeheuren Ver-  
schwendungen der Landwirtschaft, die eine jährliche Sintflut  
von einer Milliarde erfordert, sei das vorliegende Notpro-  
gramm nur ein Trocken auf den heißen Stein; aber es sei  
doch immerhin ein Anfang. Besonders trostlos sei die Lage  
des deutschen Obst- und Gemüsebaus, der durch die aus-  
ländische Konkurrenz erdrückt werde. Die künstlerische Be-  
lastung der Landwirtschaft sei nicht mehr tragbar.

Abg. Frau Dr. Rüder (Dem.) bewirkt, die Kritik des  
Städte am landwirtschaftlichen Betriebsmethoden sei kein  
Zeichen von Landwirtschaftskritik. Die ausländische  
Ware wird von den Handsträfern deshalb bevorzugt, weil sie  
tadellos sortiert und standarisirt ist. Wenn das der ge-  
meinsamen Organisation der ausländischen Landwirte und  
Händler möglich war, dann sollte es doch auch in Deutsch-  
land durchführbar sein. Der vom Reichsernährungsmini-  
sterium geprägte Milchhandbuch sollte an einem Sortiment-  
Akkoord erweitert werden.

Damit schließt die allgemeine Diskussion.

brach; jedoch hat sich die Hauptrede nicht entzündet, weil  
es etwas feucht geworden war.

Langkopp wird schon heute Sonnabend dem Unter-  
suchungsrichter vorgeführt werden. Die Untersuchung gegen  
ihn wird vorwiegend wegen versuchten Mordes, Ver-  
gehens gegen das Sprengstoffgesetz und Erpressung geführt  
werden.

### Industrie und Landwirtschaft.

**Berlin.** Der Reichsverband der deutschen Industrie  
hat in seiner letzten Brüderlichkeit die Notlage der Land-  
wirtschaft eingehend berücksichtigt. Er billigte ausdrücklich  
die vom Landwirtschaftsrat in seiner Entschließung vom  
23. Februar und von der Reichsregierung in ihrem  
Notprogramm aufgestellten Vorschläge. Er hält sie für  
eine geeignete Grundlage und eine notwendige Arbeit, um  
mit einer wirklichen Hilfe für die Landwirtschaft zu be-  
ginnen. Bei allem müßten aber die Notwendigkeiten der  
deutschen Gesamtwirtschaft mehr denn je berücksichtigt werden.  
Deshalb sei die Verfolgung einseitiger wirtschaftspolitischer  
Ziele wie z. B. eine grundlegende Aenderung unserer  
Handelspolitik, die gleichbedeutend wäre mit einer Durch-  
setzung deutscher Exportinteressen, unabdingt abzulehnen.

### Vertreibung des Generals Diaz.

**Bom.** (Telunion.) Unter allen militärischen Ereigni-  
sungen wurde der Tod des Generals Diaz gestern  
gut Aufmerksamkeit am Grabmal des "Unbefriedeten Soldaten"  
überführt. Deutlich vorzeitig erfolgte die Beisetzung in der  
Basilika Santa Maria degli Angeli. Zur Beisetzung  
war die Paläste, auf der der unbekannte Soldat seine letzte  
Fahrt antrat, zur Verfügung gestellt worden.

In der Einzelberatung fordert Abg. Freiherr Schott (Dn.)  
größere Anerkennung der landwirtschaftlichen Bedürfnisse,  
durch das Ernährungsministerium.

Abg. Oberholz (Komm.) fordert die Not der Kleinbauern.

Abg. Lind (Dnat) fordert vor allem Verstärkung  
der Wirtschaftshilfe bei Verteilung der Mittel aus dem Not-  
programm und betont unter dem Widerspruch der Linken,  
daß die deutschen Wirtschaftsprodukte ebenso gut seien wie die  
ausländischen.

Abg. Hoerle (Komm.) bekämpft die für Landwirtschaft-  
liche Maschinen in den Staat eingesetzten Mittel, weil sie  
offenbar nur zur Belastung von Tanks für den Kriegsfall  
bestimmt seien. (Gebot hört bei den Komm.)

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) kommt auf die Erklärung  
des Ministers v. Knebel zurück und stellt fest, daß er Anga-  
ben über die Tantente des Ministers nicht gemacht habe.  
Er habe lediglich behauptet, daß der Vorstand der Roggen-  
rentenbank Tantente im Umfang von 800 000 Mark erga-  
ben habe. Das sei das Entscheidende.

Staatssekretär Hoffmann erklärt, daß das Ministerium  
auf die Zusammenarbeit mit den Hausfrauenverbänden das  
allergrößte Gewicht lege. In den schon bestehenden Tropen-  
ausgaben für Wein, für Milchnahrung usw. würde  
bereits mit den Frauenverbänden zusammengearbeitet. Die  
Durchführung der Nationalisierungsbemühungen in der  
Wirtschaft hat sich der Minister ganz besonders ange-  
lehnen lassen. Der Redner verspricht weitere Kredite  
für Kleiner-Genossenschaften auch zur Schaffung von Ge-  
treideanlagen. Bei Krediten an Kleiner werden wohl  
noch unter 2 Prozent Zinsen herabgehen. In die Kleiner  
würde die Genossenschaftsdecke stärker einbinden.

Damit schließt die Ansprache.

Vor den Abstimmungen gibt Staatssekretär Hoffmann  
zu den Anträgen auf Einlegung von Mitteln für die Kinder-  
förderung die Erklärung ab, daß die Regierung diesen Anträ-  
gen nicht zustimmen könne. Das Bedürfnis zur Fortfüh-  
rung der Kinderförderung sei anzuerkennen; die Reichsregie-  
rung würde es bearbeiten, wenn Länder und Gemeinden  
hier Maßnahmen treffen würden.

Die Streichung des Ministergehalts wird gegen die  
Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Vor der Abstimmung über den kommunistischen Mit-  
tlerantrag gegen den Reichsernährungsminister erklärt  
Abg. Dr. Haas (Dem.), die Demokratische Partei wolle  
natürlich weder dem Gesamtminister noch dem Ernährungs-  
minister ihr Vertrauen befinden; aber es sei nicht angängig,  
einen Tag über Mittleranträge zu verabschieden. Die Demokraten  
würden nicht für den kommunistischen Antrag stimmen.

Der Mittlerantrag wird gegen Kommunisten und  
Sozialdemokraten abgelehnt.

Vor der Abstimmung über die zugunsten der Minis-  
ter eingebrachten Entschließungen verliest Staatssekretär Hoff-  
mann eine längere Regierungserklärung, in der angedeutet  
wird, daß die ausgeworfenen Kredite ja nach dem Erre-  
gebnis in den einzelnen Weinbaugebieten verteilt werden  
sollen, die Binnen könnten nicht erlassen, sondern nur in Kri-  
stall gestundet werden.

Abg. Müller-Franken (Soz.) protestiert dagegen, daß  
erst jetzt die Regierungserklärungen — noch dazu im Hause  
sofort verständlich — verlesen würden, während die Redete  
der Fraktionen schon eröffnet und darum eine Antwort un-  
möglich sei. (Lebh. Zustimmung.)

Hieraus wird die von den bisherigen Regierungspartei-  
en eingebrachte Entschließung angenommen, die die  
Reichsregierung ermächtigt, die den Winzer unmittelbar  
oder mittelbar gewährte Kredite je nach der Lage des Ein-  
zelhauses ganz oder teilweise niederauszuladen.

Angenommen wird auch der Antrag Bism. (Zenit) und  
Steuererhebung für die nichtbäuerlichen Landwirte.

In namentlicher Abstimmung wird mit 200 gegen 187  
Stimmen die sozialdemokratische Entschließung abgelehnt,  
da die Absehung der Unternehmenssteuer bestanden.

Angenommen werden die Zusätzliche Entschließungen, die  
im Sinne des Notprogramms eine Umstellung und wei-  
tere Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft und für die  
Wirtschaftsförderung fordern.

In namentlicher Abstimmung wird mit 120 gegen 100  
Stimmen, bei 4 Enthaltungen, der kommunistische und sozial-  
demokratische Antrag abgelehnt, der 5 Millionen für die  
Kinderförderung in den Staat einstellen will. Dafür haben  
die Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten und  
Nationalsozialisten gestimmt.

Das Ergebnis der Abstimmung wird von Abgeordneten  
der Linken mit 51-Rufen angenommen.

Ein Antrag der Bayerischen Volkspartei fordert die  
Einführung von 100 000 Mark in den Staat für die technische  
und wissenschaftliche Förderung des Brangewerbes.

Im Hammelprinzip wird dieser